



Datum: 18.06.2018 **Mediengattung:** Print
Seite: 18 **Ressort:** Wirtschaft
Auflage: 263.904 **Land:** Deutschland

Europplatz Frankfurt

Den Handelskrieg vermeiden

Von Michael Heise

Ein Rückfall in den Protektionismus ist derzeit die wohl größte Gefahr für das Wachstum der Weltwirtschaft. Angesichts der ohnehin etwas nachlassenden Konjunktur wäre eine Eskalation von Zöllen zwischen den Vereinigten Staaten und Handelspartnern im Westen wie im Osten ein sicherer Weg, um den Aufschwung zu stoppen.

Wenn sich die Regierungschefs der EU am kommenden Wochenende darüber beraten, sollten sie sich nicht auf einen Schlagabtausch mit immer höheren Zöllen einlassen. Donald Trump würde seinen Wählern die Gegenmaßnahmen als Beleg dafür präsentieren, wie protektionistisch wir in Wirklichkeit sind. So hat er es schon mit Kanada gemacht. Die EU kann sich ohnehin nicht als Musterschüler des Freihandels ausgeben, denn im Durchschnitt sind die Zölle der EU eher etwas höher als die der Vereinigten Staaten. Aber dennoch ist einiges in der Debatte geradezurücken. So lassen sich der berechtigten Kritik Donald Trumps am zehnpromtigen Pkw-Zoll der EU zahlreiche Beispiele entgegenhalten, bei denen die Vereinigten Staaten höhere Einfuhrzölle erheben, etwa bei Kleinlastwagen von rund 22 Prozent, bei Güterwaggons von 14 Prozent und noch viel höhere bei einigen Lebensmitteln und Genussmitteln.

Vor allem sollte man auf die amerikanische Statistik verweisen, der zufolge die Vereinigten Staaten 2017 einen Leistungsbilanzüberschuss gegenüber der EU von rund 15 Milliarden Dollar erwirtschaftet haben. Einem Defizit im Warenhandel stehen erhebliche Überschüsse im Dienstleistungshandel und aus Kapitalbeteiligungen gegenüber. Mit der EU insgesamt dürfte es also in der Logik des Präsidenten kein Problem

unfairen Handels geben. Aber was ist mit Deutschland, das ja im Kreuzfeuer der Kritik von Donald Trump steht?

Deutschland hat nach amerikanischen Angaben einen Leistungsbilanzüberschuss von knapp 65 Milliarden Dollar gegenüber den Vereinigten Staaten.

Bemerkenswert ist, dass für Deutschland auch im Dienstleistungshandel ein zumindest kleiner Überschuss ausgewiesen wird. Angesichts der Absatzfolge der amerikanischen Kommunikations- und Technologieunternehmen sowie der starken Position der amerikanischen Finanzwirtschaft ist das erklärungsbedürftig. Eine Rolle dürfte spielen, dass die Dienstleistungen zum Teil nicht aus den Vereinigten Staaten, sondern aus Nachbarländern bezogen werden, in denen amerikanische Unternehmen ihre Europa-Zentralen haben. Es sind zunehmend diese Dienstleistungen rund um die „Gafas“ (Google, Amazon, Facebook, Apple) und die Finanz- und Beratungsdienstleistungen, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften bestimmen. Deutschland ist hier ein exzellenter „Exportmarkt“ für amerikanische Unternehmen. Daher kann ein Wettlauf der Zölle nur als ein Rückfall ins handelspolitische Mittelalter bezeichnet werden. Stahl- und Autozölle schaden der Wirtschaft und dienen allein dazu, in den Vereinigten Staaten Wähler zu mobilisieren. Die EU sollte selbstbewusst und ohne Aktionismus für einen Abbau von Zöllen eintreten.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.

